

Antrag

der SPD-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grundlagen für eine Weiterentwicklung der Straßenausbaubeiträge schaffen!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum November 2018 einen Bericht zuzuleiten, der im bundesweiten Vergleich die Entwicklung bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und deren Auswirkungen sowie die Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch darstellt. Dabei soll auch die Höhe der Einnahmen der Kommunen im Land Brandenburg und der dazu erforderliche Aufwand übersichtlich dargestellt werden, um bewerten zu können, welche Auswirkungen eine Veränderung der derzeit bestehenden rechtlichen Lage bei der Erhebung von Beiträgen bei den dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen hätte.

Ausgehend davon sollen zur Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung mit Bezug auf das Kommunalabgabengesetz (KAG) insbesondere Vorschläge

- für eine verbesserte Beteiligung von Anliegern bei Straßenausbaumaßnahmen sowie
- für eine Verzinsungsregelung, mit der ein variabler Zinssatz im KAG vorgesehen wird, der sich an der allgemeinen Zinsentwicklung orientiert vorgelegt werden.

Begründung:

Straßenausbaubeiträge sind ein erheblicher Kostenteil, der Eigentümerinnen und Eigentümer stark belasten kann. Daher sind diese Beiträge vor Ort immer wieder stark umstritten. Die Höhe der Beiträge kann einzelne Bürgerinnen und Bürger in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen. Zudem hängt die Höhe der Beiträge häufig von Faktoren ab, die schwer nachvollziehbar sind. Daher werden die Zahlungen sehr oft als ungerecht empfunden.

Einige Kommunen kritisieren die bisherige Regelung als zu starr. Die Bundesländer haben bei der Frage der Lösung der Straßenausbaubeiträge mittlerweile verschiedene Wege beschritten, durch die auch die kommunale Eigenverantwortung gestärkt worden ist. Durch die vorzusehende variable Regelung der Zinssätze müssten Bürgerinnen und Bürger für gestundete Beiträge deutlich weniger Zinsen aufbringen müssen.